

# Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,  
monatlich 10 Sgr.,  
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.  
monatlich 12½ Sgr.;  
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

N. 63.

Morgenblatt. Donnerstag, den 7. Februar.

1867.

## Zu den Wahlen.

Am 12. Februar, — also am Dienstag in der kommenden Woche — sollen die Abgeordneten zum norddeutschen Reichstage gewählt werden. Jeder gute Preuße, der das Recht zum Wählen hat (und das besitzt jeder unbescholtene Mann von mindestens 25 Jahren) — wird es als eine heilige Pflicht erachten, auch wirklich zur Wahl zu gehen, um dem Könige das große Werk vollbringen zu helfen, das er mit Hülfe seines Volkes vollbringen will. Mit Hülfe seines Volkes — so ist es von vorn herein ausdrücklich verkündigt worden und so allein kann es gelingen; deshalb muss auch jeder im Volke, der es ernst und treu mit seiner Pflicht nimmt, zum Gelingen eifrig mit Hand anlegen. Wer dem Könige wirklich Treue und Vertrauen beweisen will, der darf nicht die Hände in den Schoß legen, sondern er muss am Wahltag seine Pflicht gegen König und Vaterland mit der That erfüllen. Gegen König und Vaterland; denn bei der Treue und Hingabe für den König handelt es sich zugleich sehr entschieden um das Heil des Vaterlandes und um den Vortheil des ganzen Volkes. Selten hat eine Regierung ein Werk unternommen, bei welchem mit der Größe und Ehre des Ganzen das Wohl der einzelnen Unterthanen so klar und unmittelbar verknüpft war. Mit der wachsenden Macht des geeinten Staatswesens wird die Sicherheit Preußens und Deutschlands gegen fremde Kriegslust, die Sicherheit eines segensreichen, nährenden Friedens erhöht sein. Während aber unsere Machtstellung gesteigert wird, soll doch die Militärlast für uns Preußen verminder werden: alle Norddeutschen werden die Wehrpflicht und die Kosten des Heeres fortan mit uns theilen und demzufolge wird die Dienstpflicht in dem größeren Verbande nach wenigen Jahren um sechs bis sieben Jahre verkürzt werden können. Die Einigung und mächtige Zusammenfassung aller Kräfte Norddeutschlands auf dem reichen Gebiete von Handel und Gewerbe, von Schiffahrt, Eisenbahnen und allen Verkehrsmitteln, die unbedingte Freizügigkeit und die Abschaffung aller Hemmnisse des freien Gewerbebetriebs werden, so Gott will, in kurzer Zeit ein herrliches Aufblühen von Handel und Wandel eine leichtere und höhere Verwertung aller Erzeugnisse der Landwirtschaft, wie des Kunsteisels herbeiführen. Auch unsere deutschen Brüder in fremden Ländern werden den Schutz und Bestand eines mächtigen und angesehenen Vaterlandes erfahren und dankbar empfinden. Das sind die hohen Güter, die unserm Volke zufallen sollen, wenn der norddeutsche Bund jetzt, wo die Gelegenheit so günstig ist, wie noch niemals, rasch und kräftig in's Leben gerufen wird. Wer am Wahltag seine Pflicht versäumt oder wer seine Stimme einem Abgeordneten giebt, dem es nicht auf Einigkeit mit der Staatsregierung zur raschen Verwirklichung des großen Werkes, sondern auf allerlei Fragen und Vorwände des Parteiwesens ankommt, — der nimmt die Schuld mit auf sich, daß das Höchste, was Preußens Könige jemals für das preußische und deutsche Volk unternommen haben, möglicherweise scheitert und mislingt. Ueberall ist bekannt und offenkundig, welcher von den Wahlkandidaten bestimmt und entschieden zur Regierung des Königs steht, welcher nicht. Jeder, dem Preußens Ehre und Wohl am Herzen liegt, möge seine Stimme nur einem Manne geben, von dem er sicher ist, daß er den König und seine Regierung gegen alle Widersacher kräftig unterstützen will. Mit Gott denn zur Wahl! es gilt der Sache des Königs und zugleich der Größe und dem herrlichen Gedeihen des Vaterlandes. (Prov.-Corr.)

## Deutschland.

Berlin, 6. Februar. (Pr.-C.) Die Verwaltungseinrichtungen in dem vormaligen Kurhessen, Nassau, Frankfurt und den von Hessen-Darmstadt und Bayern abgetretenen Landesteilen werden demnächst insoweit geregelt werden, daß die zur ordnungsmäßigen Verwaltung erforderliche Eintheilung in Regierungsbezirke und Kreise (oder Amtsbezirke) erfolgt. Die erwähnten Gebiete dürfen in zwei Regierungsbezirke (Kassel und Wiesbaden) vereinigt werden. Die Bildung starker Provinzialverbände möchte dagegen wohl vorbehalten werden, bis sich auch die Verwaltungs-Eintheilung von Hannover und Schleswig-Holstein vollständig ordnen und demgemäß eine dauernde Provinzial-Eintheilung vornehmen läßt. In Schleswig-Holstein wird der Ober-Präsident Baron v. Scheel-Plessen auch ferner die obere Verwaltung und der Regierungs-Präsident Freiherr v. Zedlik die besondere Verwaltung von Schleswig führen.

— (Pr.-C.) Die Landtags-Session wird unverwult geschlossen werden können, da alle wichtigen Arbeiten in beiden Häusern mit großer Anstrengung gefördert und erledigt worden sind. Im Herrenhause steht noch die zweite Abstimmung über das Gesetz wegen der Beteiligung der neuen Provinzen am Abgeordnetenhaus bevor. Ob der König den Schluss der Session selbst vollziehen wird, dürfte vorzugsweise von dem Bestinden Seiner Majestät abhängen.

Berlin, 6. Februar. (Herrenhaus.) 26. Sitzung. In der heutigen Sitzung wurden die Gesetze 1) über die Abgaben der privaten Eisenbahn-Aktien-Gesellschaften, 2) über die Aufhebung des Salzmonopols, 3) Aufhebung der Gebühren für Begleitscheine und Bleie und der dritte Bericht der Matrifel-Kommission, sowie in zweiter Abstimmung das Gesetz über Vermehrung der Mitglieder des Abgeordnetenhauses angenommen. Bei Fortsetzung der Debatte über das Genossenschaftsgesetz werden einige Kommissionszuläge angenommen. Die Regierung erklärt sich bestimmt gegen den Zusatz-Paragrafen, welcher eine Staats-Unterstützung von zwei Millionen verlangt, indem die Staatskasse nicht die Mittel dazu und keine Kontrolle befähigt.

Das Genossenschafts-Gesetz ist unter Verwerfung dieses Zusatz-Paragrafen der Kommission, mit unwesentlichen Änderungen angenommen worden.

— Abgeordnetenhaus. (66. Sitzung.) Präsident v. Forckenbeck. Eröffnung 10½ Uhr. Am Ministerium: Graf Eulenburg und mehrere Regierungs-Kommissarien. — (Die Tribünen des Hauses sind sehr spärlich besetzt.) Vor dem Eintritt in die Tagesordnung bittet Abgeord-

neter Schulze (Berlin) den Präsidenten, das Genossenschaftsgesetz, welches im Herrenhause nur unwesentliche Änderungen erlitten, noch vor dem Schlusse der Session zur Erledigung zu bringen. — Abg. v. Vincke (Hagen) unterstützt diesen Antrag dringend und der Präsident verheist Erfüllung dieses Wunsches.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Verlesung der Interpellation des Abg. Dr. Lüning. Dieselbe lautet: „An die Königl. Staatsregierung erlaube ich mir die Frage zu richten: ob es ihr bekannt ist, daß der Landrat Dr. Schulz in Memel, früher Abgeordneter, von der Königl. Regierung zu Königsberg zum Wahlkommissarius für die Wahlen zum Reichstag des norddeutschen Bundes im Kreise Memel-Hedekrug ernannt ist, und ob sie event. gesonnt ist, diese Ernennung rückgängig zu machen?“ Der Minister des Innern erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit, und es erhält zur Begründung derselben das Wort der Abg. Dr. Lüning. Die selve hebt hervor, daß die Wahl des Dr. Schulz mehrere Male wegen erwiesener Ungehörigkeit vernichtet worden sei. Die Ernennung desselben sei eine Nichtachtung des Beschlusses des Hauses der Abgeordneten vom 15. Jan. Es sei dies nicht der Weg zur Versöhnung, welche im Interesse des Landes dringend geboten sei.

Minister des Innern Graf Eulenburg: Darüber, ob der Landrat Schulz zum Wahl-Kommissar ernannt worden, ist mir amtlich bisher nichts bekannt geworden. Ich muß indessen erklären, daß, falls die Ernennung, was ich nicht bezweife, erfolgt sein sollte, ich keine Verwaltung habe, der selben entgegen zu treten. (Bravo rechts.) Der Beschluss des Hauses vom 15. Januar d. J. enthält nicht weiter, als lebhaft ausgesprochen Wünsche des Hauses, welche die Regierung gern erfüllen wird, sovalb es ihm möglich ist. Ich kann aber nicht zugeben, daß die Ernennung des Landrats eine Verlegung der Rechte des Hauses enthält. Ich glaube auch, daß die ganze Interpellation eigentlich gar nicht innerhalb der Kompetenz des Hauses liegt. (Bravo rechts.) Der Beschluss des Hauses betraf damals nur die Wahlen zum Abgeordnetenhaus, könnte sich aber nicht auf andere Wahlen beziehen.

Damit ist diese Angelegenheit erledigt. — Ohne Diskussion wird sodann eine Petition, betr. das Gesetz wegen Regelung des Abdeckereiwesens vom 31. Mai 1858, der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen. — Der Gesetzentwurf wegen Regelung der direkten Besteuerung in dem Fürstentum Hohenzollern-Heddingen wird nach der vom Herrenhause beschlossenen Fassung angenommen. — Es folgen Petitionsberatungen.

Bericht der Gemeinde-Kommission über Petitionen. Die stimmberechtigten Eingessenen von Herringen beschweren sich über die vom Landrat erfolgte Ernennung eines kommissarischen Vorsteigers der betreffenden Gemeinde. Die Kommission beantragt: die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung in der Absicht zu überweisen, die Regierung zu vermögen, die Bestätigung des Esten zum Gemeinde-Vorsteher nachträglich auszusprechen und so dem mit dem Gesetz nicht zu vereinbarenden, auch sonst unzweckmäßigen Ausnahmestand der Bewilligung eines Auswärtigen zum Vorsteher-Amte ein Ende zu machen.

Abg. Jung befürwortet diesen Antrag. — Abg. v. Vincke beantragt Ueberweisung zur Tagesordnung. Ein Mann, wie Esten, der bei einem Festmahl, bei Gelegenheit eines Toßes auf Se. Maj. den König singen bleibe, der also die einfachsten Rücksichten des geselligen Anstandes nicht beobachte, verdient nicht, Beamter zu sein. (Bravo rechts.) — Abg. v. Bockum-Dolfs: Nicht Esten allein, sondern viele andere Personen seien geblieben, weil sie den Toß des betreffenden Landrats nicht verstanden hätten. Dieser Fall sei aber vorgekommen, als die Bestätigung des Esten zum Gemeinde-Vorsteher bereits versagt war. — Regierungskommissarius: Die Ernennung eines kommissarischen Vorsteigers verstoße nicht gegen das Gesetz. (Der Kultusminister v. Mühlner erscheint.) — Nach geschlossener Debatte wird der Antrag des Abg. v. Vincke auf Uebergang zur einfachen Tagesordnung mit 109 gegen 104 Stimmen angenommen.

Es folgen verschiedene Petitionen aus Berlin, Memel und Landsberg, welche sämmtlich über das im §. 33 der Städteordnung der Regierung vorbehaltene Bestätigungsrecht handeln. Die Kommission beantragt folgende Resolution: „Das Haus der Abgeordneten, von der Verwirksamkeit des von der Regierung bei Handhabung des im §. 33 der Städteordnung für die östlichen Provinzen vom 30. Mai 1853 ihr zulässenden Bestätigungsrechtes kommunaler Wahlen begolten Systems überzeugt, findet gleichwohl in Betracht, daß die gegenwärtige Regierung, gestützt auf den Wortlaut des Gesetzes, an ihrem System festhält, eine Intercession im Sinne der Petenten, sei es durch Ueberweisung der Petition zur Berücksichtigung, sei es durch Ergreifen der Initiative in der Gesetzgebung nicht zeitgemäß, und geht — jedoch nur aus diesem Grunde — zur Tagesordnung über.“

Abg. Westen erachtet es für unmöglich, über so wohlgegrundete Petitionen zur Tagesordnung überzugehen; die Motive des Kommissions-Antrages sprächen selbst dagegen. In Berlin habe man sogar einen Ausländer (Herrn Wrede) zum kommissarischen Stadtrath ernannt und erst, als die Sache gerechtes Aufsehen erregt, sei ihm nachträglich von der Regierung die Naturalisation verliehen. Gestern habe die Stadtverordneten-Versammlung von Berlin neue Wahlen vorgenommen, über welche eine Entscheidung noch nicht erfolgt sei. Deshalb sei es notwendig, die Petition der Staats-Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Das System der Regierung sei eine vollständige Bestätigung des Prinzips der Selbstverwaltung, und Pflicht des Hauses sei es, bei jeder Gelegenheit seine Stimme dagegen zu erheben. — Abg. v. Vincke (Hagen) behauptet, daß aus der neuesten Zeit ihm kein Fall mehr bekannt sei, in dem der Minister des Innern bei den Bestätigungen seinem früheren Prinzip gefolgt sei. Der Minister des Innern habe früher bindende Erklärungen in dieser Beziehung abgegeben und er beantrage mit Rücksicht auf dieselben den Uebergang zur Tagesordnung. — Nach einer kurzen Erklärung des Regierungs-Kommissarius wird der Schluss der Debatte beantragt, jedoch abgelehnt. (Schluß folgt im Abendblatte.)

Stuttgart, 4. Februar. Über den Verlauf der gegenwärtig hier tagenden südstaatlichen Minister-Konferenz verlautet nur so viel, daß die Konferenz innerhalb der festgestellten kurzen Frist zu Ende gehen wird, woraus man den Schluss zieht, daß die Verhandlungen ohne erhebliche Meinungsverschiedenheiten geführt werden. Gestern fand die erste Sitzung statt; heute Vormittag begann die zweite, und man glaubt, daß morgen schon die letzte stattfinden wird. Gestern Abend zeigten sich die Konferenz-Mitglieder dem Publikum im Theater. Alle Aufmerksamkeit richtete sich auf den Fürsten Hohenlohe, der sich meist in der Loge des Prinzen Wilhelm, eines Schwagers unseres Königs aufhielt. — Vor einigen Tagen schon ist der neuernannte Königlich preußische Geschäftsträger v. Pfuel hier angekommen und heute vom Könige empfangen worden.

## Ausland.

Vienna, 5. Februar. Die Nachricht, daß die Festung Wiens beschlossen worden ist, verfehlte nicht, in alle Schichten der hiesigen Bevölkerung eine große Misstimung hervorzubringen. Die Sache kam bereits gestern bei dem hiesigen Gemeinderathe zur Sprache und man rüstet sich dort nun, um möglicher Weise diese für unsere Residenz so verhängnisvolle Maßregel abzuwenden. Die

darauf bezüglichen Anträge wurden einstimmig zum Beschlusse erhoben. — Man erzählt, und es ist wahrscheinlich genug, daß die süddeutschen Staaten eine beruhigende Anzeige über ihre militärischen Konferenzen nach Wien gerichtet haben. Die österreichische Regierung, erzählt man weiter, habe höflich geantwortet, aber auf den Prager Frieden verwiesen, mit dem Bemerk, daß sie ein Überschreiten der dort gesetzten Grenzen nicht schweigend hinnehmen werde. In diesem Falle würde allerdings auch Frankreich laut zu werden anfangen.

Paris, 5. Februar. Die Haltung der Majorität in der Zweiten Kammer gegenüber den Ministern und gegenüber der Opposition und der durch die Presse vertretenen liberalen öffentlichen Meinung wird wesentlich zu der glatteren oder schwierigeren Entwicklung der Januar-Reformen beitragen. Mit Recht ist man daher auf die ersten Debatten im gesetzgebenden Körper über innere Verhältnisse gespannt, da es sich dann zeigen muß, ob die Tiers-Partei mit zu geben den Mut hat, wenn die Majorität sich für Stillstands- oder Rücktrittszustände begeistert zeigt. Emil Olivier wird wissen, daß er recht eigentlich hier am Scheidewege steht und sich für alle Seiten um den Einfluß bei dem gebildeten Mittelstande bringt, wenn er für die Kaiserlichen Mamelouken einzustehen versuchen wollte. Von Seiten des Hofes werden nun Nehe und Schlingen aller Art, grobe und feine, gestellt, um die 46 Abtrünnigen des vorigen Jahres jetzt zu der treuen Heerde zurückzuführen.

Paris, 4. Februar. Der Kaiser wird in seiner Eröffnungsrede, wie man mir aus gut unterrichtetem Munde versichert, dem französischen Volke eine unerwartete Mitteilung machen. Dieselbe betrifft die orientalische Frage. Die von Hen. v. Moultier beflogene, der Türkei günstige Politik ist ganz aufgegeben und Frankreich, Österreich und Russland — Sie lesen richtig, ich sage: Russland — haben ein Übereinkommen unterzeichnet, durch das sie sich zu einer gemeinsamen Haltung der Pforte gegenüber verpflichten. Die drei Mächte wollen weltgreifende „Reformen“ zu Gunsten der christlichen Unterthanen der Pforte, Räumung der serbischen Festungen, die Investitur für den Prinzen Karl von Hohenzollern und eine ganz unabhängige Verwaltung für Kreta fordern. Zu letzterer soll der Sultan nur noch in einem oberhoheitlichen Verhältnisse bleiben. Der Kaiser wird, so versichert man, das Zustandekommen dieser Einigung in seiner Rede vom 14. Februar verkündigen. Unter diesen Verhältnissen hat der Rücktritt des Grafen Belcredi (Hr. v. Beust ist bereits zum Minister-Präsidenten ernannt) hier einen guten Eindruck gemacht. Der Kaiser hat sich sofort in günstiger Weise über Beust's „Befähigung“ ausgesprochen. Auch die Verbindung mit Ungarn wird am hiesigen Hofe lediglich als Beust's Verdienst angesehen, und Napoleon III. legt auf den Ausgleich zwischen Wien und Pesth großes Gewicht. Se. Majestät bat dem Vernehmen nach dem Fürsten Mitterich „seine lebhafte Befriedigung“ über die Befestigung des Zwiespaltes mit Ungarn zu erkennen gegeben.

London, 5. Februar. Es wird gemeldet, daß die Viehseuche wieder höchstig ausgebrochen ist.

Gegen die Schlussfolgerung sächsamer Leute, daß der Frühling oder spätestens der Herbst des Jahres 1867 eine Störung des Weltfriedens bringen müsse, weil das Jahr 1866 seinen kurzen, aber energischen Krieg gesehen habe, führt die „Times“ den Grund an, daß ein Verzug von sechs Monaten in den Verhältnissen Europas einen großen Wechsel bewirken könne und daß politische Kombinationen, die sich nur einer Welt-Ausstellung wegen vom sprudelnden zum wellenden Laufe verschieben ließen, unmöglich einen ernstgemeinten und durchdachten Plan zur Grundlage haben könnten. „Die Reorganisation der Kaiserlichen Armee, die Erziehung Hould's im Finanz-Ministerium durch Rouher sind nebst anderen Anzeichen als Symptome einer kriegerischen Politik gedeutet worden. Wir halten jedoch den Kaiser Napoleon für einen besseren Rechner. Sah sich ein Krieg zwischen Preußen und Frankreich im Juli 1866 gefährlich an, so sind die Aussichten für April oder Oktober dieses Jahres schwerlich ermutigender. Die Stärke Preußens ist solchem in Wirklichkeit und moralisch gewachsen; in wenigen Wochen aber wird Preußen Norddeutschland, und in wenigen Monaten wird Deutschlands Stärke Preußens Stärke sein.“

Madrid. Am 26. Januar hat unter dem Vorsitz der Königin ein Ministerrat stattgefunden, in welchem es sehr sturmisch herging. Der König-Gemahl machte eine lehre Anstrengung, um die Ernennung seines Freundes, des Banquiers Meneses, zum Herzog und Granden von Spanien durchzusehen. Marschall Narvaez erklärte in aller Form, daß eine solche Ernennung der öffentlichen Moral Aberglaß geben würde; die Königin schwieg und gab ihren Räthen Recht. Der König-Gemahl geriet dagegen in große Aufregung, sagte dem Marschall Narvaez, dem Civilgouverneur von Madrid, Marfori, der dem Ministerrat bewohnte, und noch einem andern Minister die beleidigendsten Worte ins Gesicht und warf ihnen in ihrem Privatleben eine Aufführung vor, die der öffentlichen Moral noch viel zu wider sei, als es die Ernennung seines Freundes sein würde. Das Ergebnis der Sitzung war eine vollständige Niederlage des Königs; noch an demselben Abende wurde sein Freund in seiner Wohnung verhaftet und am nächsten Tage unter Eskorte zweier Polizeilagenten über die französische Grenze geschafft.

Konstantinopel, 4. Februar. Die Pforte hat die Fortsetzung Serbiens wegen Räumung der Festungen noch nicht bewilligt. Die Rüstungen Serbiens werden bestätigt. Die Kriegsschiffe Nordamerika's im Mittelmeer sammeln sich im Archipel.

Newyork, 26. Januar. Die Legislatur von Maryland erklärte die Negerklaverie auch als Verbrecherstrafe für abgeschafft. Die Legislatur Tennessee's ertheilte den Negern das Stimmrecht.

Die Regierung von Kanada will die von den Fentiers verübten Beschädigungen an Privat-Eigenthum ersehen und die Schadenrechnung der Regierung der Vereinigten Staaten vorlegen. 18,000 Republikaner bedrohen angeblich die Hauptstadt Mexiko.

## Pommern.

**Stettin**, 7. Februar. Der konservative Verein hielt am Dienstag Abend eine Sitzung im „Hôtel de Prusse“, um sich über die bevorstehende Wahl zum Reichstag zu berathen. Die Versammlung war einstimmig der Ansicht, daß ein konservativer Kandidat bei der vorherrschenden liberalen Richtung der Stettiner jetzt keine Aussicht habe, die Majorität zu gewinnen und daß den konservativen Stettins mithin keine andere Möglichkeit übrig bleibe, als entweder sich der Wahl zu enthalten, oder aber sich für einen der von liberaler Seite vorgeschlagenen Kandidaten zu entscheiden. Um hierüber Entschließung zu fassen, hatte man Vertrauensmänner entsandt, welche über die Reden der liberalen Kandidaten Bericht erstatten sollten. Die Berichte wurden im Anfange der Versammlung vorgebracht. Die Versammlung war darnach einstimmig der Ansicht, daß man jedenfalls dem Herrn Müller die Stimme nicht geben könne, da er noch auf dem alten Standpunkte der Opposition stände und das von der Regierung beabsichtigte Verfassungswerk des norddeutschen Bundes durch seine Wirksamkeit keinen Falls würde gefördert werden. Auch gegen den Hrn. Michaelis erhoben sich gewichtige Bedenken. Die Versammlung konnte sich nicht verhehlen, daß derselbe in der Entwicklung der preußischen Verfassung aber fortdauernd entschieden die Tendenzen des Liberalismus verfolge und die Rechte des Abgeordnetenhauses der Krone gegenüber geltend zu machen in einseitiger Weise bestrebt sei. Daher würde man ihm keinenfalls die Stimme für einen Sitz im preußischen Abgeordnetenhaus geben können. Ande reiseits aber verkannte man auch nicht, daß der Genannte sich als ein Mann von Geist und Talent, als ein Mann voll Mäßigung und Takt gezeigt habe, der den bestehenden Beziehungen auch von seinem Standpunkte aus Rechnung getragen und den Weg der Versöhnung und der Kompromisse eingeschlagen habe und auf dem norddeutschen Reichstage jedenfalls die Einigung Deutschlands unter Preußens Führung mit aller Kraft und mit dem genügenden Verständnis der betreffenden Fragen erstreben werde und insofern nützlich für das deutsche Vaterland wirken könne. Die Versammlung beschloß daher, unter den obwaltenden Umständen, und da keine Aussicht vorhanden ist einen eigenen Kandidaten durchzubringen und andererseits ein Enthalten von der Wahl in dem gegenwärtigen entscheidenden Momente eine Pflichtverleugnung gegen das Vaterland sein würde, den Herrn Michaelis zu wählen, wobei man sich der bleibenden prinzipiellen Verschiedenheit von den politischen Grundanschauungen derselben voll bewußt war.

— In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten zu Gräbow wurden die Grundzüge einer neuen Feuerlöschordnung berathen. Nach denselben sollen fernerhin bei einem Feuer im Orte nur die Eigenthümer oder deren Stellvertreter von zwei Feuerlöschbezirken und außerdem 20 bezahlte Löschmannschaften — die pro Stunde ihrer Arbeitstätigkeit eine Vergütigung von 5 Sgr. per Mann erhalten — bei einem Feuer außerhalb des Bezirks 8 bezahlte Löschmannschaften thätig sein. Die Kosten für die Besoldung der Hülsemannschaften bei einem Feuer im Orte tragen die vom Löschdienste befreiten Inquilinen mit pro Familienhaupt 1 Sgr. für jedes Feuer; die Kosten für die Besoldung der Hülsemannschaften bei einem Feuer außerhalb des Ortes werden dagegen aus der Kämmereikasse bestritten. Selbstredend bedürfen diese Beschlüsse der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

— (General-Versammlung der polytechnischen Gesellschaft vom 1. Februar.) Vorsitzender Herr Dr. Delbrück. Herr Kuhl stellte im Namen der Rechnungs-Abnahmekommission den Bericht über den Kassenbestand der Gesellschaft ab. Der Bestand der Kasse im Jahre 1866 betrug 819 Thlr. 8 Sgr. 3 Pf., die Einnahme: 1728 Thlr. 7 Sgr., die Ausgabe: 1332 Thlr. 8 Sgr. 3 Pf., mithin blieb Bestand für das Jahr 1867: 1215 Thlr. 7 Sgr. Die Kommission hat nicht den mindesten Fehler in der Kasseführung auffinden können und beantragt, dem Vorstande Decharge zu ertheilen. Dies geschieht, nachdem Herr Dr. Delbrück noch einige Details in Bezug auf die Ausgaben mitgetheilt hatte. Derselbe beantragt, dem Kassirer der Gesellschaft, Herrn Fraude für seine ebenso mühevolle, wie pflichttreue Verwaltung seines schwierigen Amtes den Dank der Gesellschaft durch Erheben von den Pläzen abzustatten. Dies geschieht. Hierauf spricht Herr Dr. Delbrück im Namen der Gesellschaft den Dank an das Fest-Comité aus für die Vorbereitungen und Veranstaltungen zu dem Stiftungsfeste, das so schön und überaus gelungen verlaufen sei. Von Herr Dr. Siemann war folgender Antrag eingegangen: Die polytechnische Gesellschaft wolle beschließen: In Erwägung, daß die Frage, ob die menschlichen Auswurfstoffe durch Ueberführung in die Kanäle, in den Strom, oder durch Abfuhr auf die Necker zu entfernen seien, von höchster Wichtigkeit in sanitätlicher und national-ökonomischer Beziehung im Allgemeinen, insbesondere aber von großer Dringlichkeit für die Stadt Stettin ist, die am 29. November 1865 gewählte Kommission aufzufordern, baldmöglichst ihre Berathungen zu beginnen und noch vor Beschluss der diesjährigen Sitzungsperiode Bericht darüber zu erstatten. An diesen Antrag knüpfte sich eine sehr lebhafte Debatte. Zunächst motivierte Herr Dr. Siemann seinen Antrag. Früher habe die Gesellschaft 2 Jahre hindurch ihre besten Kräfte und auch Geldmittel zur Behandlung dieser so wichtigen Frage verwendet und die weitere Behandlung derselben einer Kommission überwiesen, welche aber seit  $1\frac{1}{4}$  Jahr nichts habe von sich hören lassen. Dies lasse befürchten, daß man die Sache totschweigen wolle. Um dies zu verhindern, habe er seinen Antrag gestellt und bitte, denselben anzunehmen. Herr Dr. Delbrück faßt diesen Antrag zunächst als Anklage gegen sich, als den Vorsitzenden der betreffenden Kommission auf und verteidigt sich gegen den Vorwurf, daß er oder die Kommission die Abfuhrfrage habe totschweigen wollen. Es seien äußere und innere Gründe vorhanden gewesen gegen das Zusammentreten der Kommission im versessenen Sommer: Krieg, Cholera seien die äußeren Gründe, ferner sei für Stettin die Frage noch nicht von besonderer Dringlichkeit, da die Entscheidung der städtischen Behörden für das eine oder das andere System noch weiter hinausgerückt sei. Man müsse erst abwarten, wie Berlin in dieser Sache vorgehe; dort sei man auch nicht einig geworden,

ja sogar ein früherer eifriger Anhänger des Absfuhrsystems, Herr v. Hennig, sei in das Lager der entschiedenen Gegner desselben übergegangen. Die Mittelpartei, welche behauptete, daß sie bis jetzt weder die eine, noch die andere Partei entscheidende Gründe für ihre Ansicht vorgebracht habe, scheine überall die Majorität zu bilden. Darum müsse man sich hüten, vorstellig vorzugeben. Man könne jetzt nichts wesentlich Neues vorbringen, sondern sich nur in den schon oft ausgesprochenen allgemeinen Ansichten und Behauptungen bewegen. Die Sache sei noch unreif zur Entscheidung; er schlage vor, sie zu vertagen, bis sie dadurch dringlich geworden sei, wenn unsere Behörden Beschluß darüber fassen wollten. Herr Dr. Siermann weist jeden persönlichen Vorwurf zurück, vertheidigt nochmals seinen Antrag und meint, die Gesellschaft wäre es sich selbst schuldig, die Sache zum Abschluße zu bringen. Herr Dr. Delbrück erkennt das formelle Versehen an, daß die Kommission offiziell noch nicht thätig gewesen sei, und will dieselbe in nächster Zeit zusammen berufen.

Herr Ober-Regierungs-rath Triest spricht sich für den Siermann'schen Antrag aus; die Sache sei zwar noch nicht entschieden spruchreif, aber es sei doch dringend nöthig, sie zur Entscheidung zu bringen. Er weist auf die Schrift des Herrn Medizinalrath Dr. Goeden über die Cholera in Stettin hin. Die Kommission müsse die Abfuhrfrage in Verbindung mit der Frage über die geeigneten Schutzmittel gegen die Verbreitung der Cholera behandeln. Herr Kämmerling spricht sich ebenfalls in diesem Sinne aus und erwähnt, daß die Vorlage über die Kanalisation bereits an die Stadtverordneten gelangt sei, die Sache sei also eine dringliche geworden. Hr. Dr. Delbrück ist der Ansicht, daß die Angelegenheit durch die Verbindung mit der Cholera ein neues Moment erhalten habe; man müsse jetzt in Bezug auf die Cholera die Frage so fassen: Was läßt sich in Stettin thun, um den Uebelständen bei Befestigung der Auswurfsstoffe entgegenzutreten? Die Kommission müsse die Frage in diesem Sinne behandeln. Hr. v. d. Nahmer will dies nicht der betreffenden Kommission überweisen, sondern eine eigene Kommission solle sich mit dieser so wichtigen Frage beschäftigen und zu dieser Einwohner der Laststädte, Neu-Torney sc., sowie Aerzte und andere Sachverständige heranziehen. Die Versammlung sprach nach einem Refums des Vorsitzenden Herrn Dr. Delbrück ihre Ansichten dahin aus: 1) die Kommission vom 29. November 1865 soll nach dem Antrage des Herrn Dr. Siermann zusammen treten, um gleichzeitig die Einrichungen in Bezug auf die Befestigung der menschlichen Auswurfsstoffe zu prüfen, wie den Gefahren der Cholera entgegenzutreten; 2) die Kommission angemessen zu vermehren. Hr. Dr. Salomon wird die Verbindung dieser Kommission mit der Cholera-Kommission des biesigen medizinischen Vereins im Namen der Gesellschaft vermitteln. An Stelle der aus der Kommission ausgeschiedenen Herren Lembke, Dr. Scheibler, Vogt, Vernerink wurden neu gewählt die Herren Graeber (Torney), Kämmerling, Konsul Lübke, Dr. Siermann, Baumeister Weber. (Schluß folat.)

— Der an Stelle des Kronprinzen während des vorjährigen Feldzuges mit der Führung des 2. Armee-Korps beauftragte General-Lieutenant v. Schmidt ist vor einigen Tagen in Berlin gestorben.

— (Kriminalgerichtsitzung vom 6. Februar.) Der Fischer Matthias Gollin aus Glienken stand unter der Anklage der erheblichen Kopfverletzung. Das Sachverhältniß ist Folgendes: Gollin, ein Mann doch in den 60er Jahre, ist mit seiner ebenfalls betagten Ehefrau etwa 40 Jahren verheirathet. Die Ehe ist nie eine friedliche gewesen und der Unfriede hat sich noch mehr gesteigert, seit die Eheleute die Uebergabe ihrer Wirtschaft an ihre Kinder beschlossen hatten. Der Ehemann wünschte nämlich, daß der älteste Sohn, die Ehefrau dagegen, daß die älteste Tochter die Wirtschaft erhalte. Am 7. September v. J., als die Ehefrau wegen bestiger Kopfschmezen im Bett lag und um dieselben zu mildern sich einen Teig aus Brodkrumme und Essig bereiten wollte, verbot ihr der Ehemann die Entnahme der Brodkrumme mit dem Bemerkun, daß das Brod dazu zu theuer sei. Auf die Antwort der Frau, daß sie wohl ein Recht habe, sich der Brodkrumme zu bedienen, ergriff der Ehemann sie, schlug sie so heftig mit dem Kopf gegen die Bettstelle, daß sie blutrünstig wurde, erfaßte demnächst auch einen Stuhl um damit weiter auf die Frau loszuschlagen, welchen Angriffen sie sich durch die Flucht entzog. Seit jener Zeit leidet die Frau an beständigen Kopfschmerzen und Spannung im Gesicht und ist nach dem Gutachten der Medizinalbeamten, bei dem Alter der Frau, diese Krankheit unheilbar. G. wurde heute deshalb wegen vorläufiger erheblicher Misshandlung seiner Ehefrau zu 6 Monaten G. fängnis verurtheilt. — Eine zweite Anklage war gegen den Droschkensünder Christian Friedrich Emanuel Ramlow aus Grünhof gerichtet. Derselbe kam mit seiner Droschke, neben einer andern, vom Devantierschen Lokale her zur Stadt in rasender Schnelligkeit wettfahrend bis in die Nähe des Königsthors. Bei den Einfassungsmauern am Glacis versuchte Ramlow der andern Droschke im Karrere vorbeizufahren und lenkte sein Fuhrwerk so hart an die Mauer, daß er den schmalen Fußsteig berührte. Auf demselben bewegte sich an Krücken der verkrüppelte Arbeiter Henning, der von d'm Wagen erfaßt, niedergeworfen und am Kopfe erheblich verletzt wurde. Henning, demnächst im Grabower Krankenhouse untergebracht, verstarb alsbald. Die Sektion hat nach der Auslassung des Medizinalbeamten ergeben, daß die Kopfverletzung die Todesursache des H. ist. R. wurde wegen fahrlässiger Tötung eines Menschen zu 4 Monaten Gefängnis verurtheilt, ihm auch der Gewerbebetrieb als Droschkensführer auf die Dauer von 6 Monaten untersagt.

— Der zum Oberpfarrer an der Stadtkirche zu Wittenberg berufene bisherige Superintendent und Oberpfarrer in Wolgast, Dr. Romberg, ist zum Superintendenten der Diözese Wittenberg ernannt worden.

— In Klützow, Synode Werben, ist Otto Robert Julius Koch als Küster und Lehrer, und in Bartow, Synode Treptow a. L. Hermann Carl Friedrich Habick als zweiter Lehrer unter Vorbehalt des Widerufes, in Demmin der provisorische Lehrer Witte fest angestellt.

— Zum Benefiz des Komikers Herrn L. Richardt gelangt morgen Abend zur Aufführung: „Der Strauß“, Lustspiel in 1 Akt von G. v. K., „Das Schwert des Damokles“, Schwank in 1 Akt von G. zu Pultitz. „Pas de deux.“ „Wer ist mit?“ Bauderille in 1 Akt von Friedrich, Mußt v. Stiegmann. „Der ster-

bende Comödiant", Gedicht mit lebendem Bild. "Spiegelanz." "Eine Künstlersfahrt nach Grabow", Lokal-Schwank mit Gesang von Ego. "Zwei lebende Bilder-Rebusse."

## Bermischtes.

Wien. [Eine Hochzeit um 5 Uhr Morgens.] Vor einigen Tagen erhielt ein biesiger Graf, der sich mit einem jungen liebenswürdigen Fräulein aus einer hochachtbaren Familie vermählen sollte, die telegraphische Nachricht, daß sein Vater gefährlich erkrankt sei und den Sohn noch einmal zu sehen wünsche. Die Depesche langt des Abends an, am Morgen hätte der Graf seine Reise antreten müssen. Die Besorgniß, daß vielleicht ein betrübender Todesfall der erwünschten Verbindung einen längeren Aufschub geben könnte, bewog den Grafen, wenn möglich, die Hochzeit noch vor seiner Abreise zu feiern. Gegen Mitternacht wurde der Pfarrer zu St. Augustin aus dem Schlaf geweckt und an den hochwürdigen Herrn die Bitte gerichtet, ob es nicht möglich sei, die Trauung in den frühesten Morgenstunden zu vollziehen. Der Geistliche gab bereitwillig zur Antwort, er hätte nichts einzubinden, wenn der Bräutigam gebeichtet und communizirt habe. Der Graf spricht aber nur fremde Sprachen, es mußte nun ein italienisch sprechender Geistlicher aufgesucht werden. Dieser wurde noch in der Nacht aufgefunden und die geistliche Handlung vollzogen. Nun fehlten aber noch die Verstände und die Braut-Jungfrauen. Die Freunde des Grafen befanden sich auf Bällen. Die nächtliche Fahrt wurde wieder aufgenommen, ein Freund des Bräutigams vom Maskenballe, ein zweiter von einer geschlossenen Tanz-Unterhaltung, von Bällen und aus ihren Wohnungen die Braut-Jungfrauen geholt, und um 5 Uhr des Morgens stand das Brautpaar vor dem Altare in der Kirche zu St. Augustin. Um  $5\frac{1}{2}$  Uhr vereinigte ein Dejeuner den gewählten Kreis der Gäste, um  $6\frac{1}{2}$  Uhr reiste der junge Ehemann mit der Bahn zu seinem schwer erkrankten Vater. In einigen Tagen wird die reizende Gattin ihrem Gemahle nachfolgen.

## Neueste Nachrichten.

**Altona**, 6. Februar, Vormittags. Als Termin für die Einstellung der dienstpflichtigen Mannschaften im Bezirk des 9. Armeekorps ist der 5. März festgesetzt worden.

**Wien**, 6. Februar, Vormittags. Es bestätigt sich, daß die Eröffnung der Landtags-Sessions erst am 18. d. Mts. erfolgen wird. Den Landtagen wird, wie der "Neuen freien Presse" von sehr gut unterrichteter Seite gemeldet wird, eine Kaiserliche Botschaft zugehen, der außerordentliche Reichsrath sei, da der Ausgleich mit Ungarn zum ersten Abschluße gelangte, gegenstandslos geworden und werde daher nunmehr der verfassungsmäßige Reichsrath nach der Februarverfassung berufen. Dem leichten werde das Gesetz betreffend die Heeresergänzung und ferner eine Regierungs-Vorlage betreffend eine Abänderung der Februar-Verfassung mit Rücksicht auf den Ausgleich mit Ungarn vorgelegt werden. Die Eröffnung der Session des Reichsraths wird ungefähr Mitte März erfolgen. Die Regierungs-Vorlage werde außer der Einführung eines Gesetzes über die Ministerverantwortlichkeit die Beseitigung des §. 13 des Gesetzes über die Reichsvorstellung vorschlagen, welcher die Regierung ermächtigt, wenn der Reichsrath nicht versammelt ist, dringende Maßregeln zu treffen, mit der Verpflichtung, dem Reichsrathe nur deren Gründe und Erfolge vorzulegen.

Für das ungarische Ministerium gilt nach dem genannten Journals die Ernennung des Grafen J. Andrássy zum Präsidenten und Lónyay's zum Finanzminister für gesichert. Die übrigen Ernennungen sind noch unentschieden.

**London**, 5. Februar, Abends. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde Seitens der Regierung die Einbringung mehrerer Bills angekündigt. Eine Reformbill ist nicht darunter. Im Oberhause sprach Lord John Russell die Besorgniß aus, daß der aggressive Geist mehrerer Staaten weitere Kalamitäten hervorrufen könne. Einer guten ministeriellen Reformbill verbieh der Lord seine Unterstützung. Des Grafen Derby Antwort betraf zu- meist die Reformfrage.

Beide Häuser waren überfüllt. Die Sitzungen schlossen gegen 7 Uhr.

**Globrenz**, 6. Februar, Morgens. Die Kommission zur Beratung der Vorlage über die Kirchengüter hat sich konstituiert und zum Präsidenten de Luca und zum Schriftführer Mauro Machi ernannt. Morgen findet die erste Sitzung statt. — Die mit Frankreich bezüglich der Repartition der Päpstlichen Staatschuld abgeschlossene Konvention ist, wie versichert wird, von sämtlichen Bureaux der Deputirtenkammer genehmigt worden.

# Börsen-Berichte.

Berlin, 6. Februar. Beizen loco still, Termine stat. Der Roggen-Terminshandel war auch heute ohne Leben und kamen nur vereinzelte Geschäfte zu Stande. Bei überwiegenden Abgebern stellten sich die Notierungen etwas niedriger als gestern und waren besonders die Sommermonate unbelaubt. Die anhaltende milde Witterung im Verein mit den anwärtsigen lustlosen Verichten sind wohl als Motiv der Flauie anzuführen. Effektive Waare erheblich zugeführt, nur in allerfeinsten Qualität gnt zu lassen. Gef. 1000 Cr.

Hafer loco und Termine billiger verkauft. Rüböl bleibt anhaltend geschäftslos. Bei matter Stimmung erfuhr die Notizen auch heute wenig Aenderung. Geflündigt 100 Etr. Für Spiritus bestand gleichzeitig eine flache Stimmung und stellten sich die Preise neuerdings etwas niedriger. Gef. 20,000 Etr.

Weizen loco 76—90 R $\text{fl}$  nach Qualität, bunt poln. 81 R $\text{fl}$ , weißbunt do. 85 $\frac{1}{2}$  R $\text{fl}$ , Lieferung pr. Februar 79 R $\text{fl}$ . Br., April—Mai 79 R $\text{fl}$  bez., Mai—Juni 80 R $\text{fl}$  nom, Juni—Juli 81 R $\text{fl}$  nom.  
 Roggen loco 78—79 pfd 54 $\frac{1}{2}$ , 55 R $\text{fl}$  ab Bahn bez., 79—80 pfd 55, 1 $\frac{1}{2}$  R $\text{fl}$  do., 79—81 pfd 55 $\frac{1}{4}$ , 56 R $\text{fl}$  do., 80—82 pfd 55 $\frac{3}{4}$ , 56 $\frac{1}{4}$  R $\text{fl}$  do., feinerer 56, 56 $\frac{1}{2}$  R $\text{fl}$  do., pr. Februar 56 $\frac{1}{2}$ , 55 $\frac{3}{4}$  R $\text{fl}$  bez., Februar—März 55 $\frac{1}{4}$  R $\text{fl}$  bez., Frühjahr 55, 54 $\frac{1}{2}$  R $\text{fl}$  bez., Br. u. Gd., Mai—Juni 55 $\frac{1}{4}$ , 55 R $\text{fl}$  bez., U. Br., 54 $\frac{1}{2}$  R $\text{fl}$  Gd., Juni—Juli 55 $\frac{1}{4}$ , 55 R $\text{fl}$  bez., Juli—August 54 R $\text{fl}$  Br., 53 $\frac{1}{2}$  R $\text{fl}$  Gd.

Rb. bez., Juli-August 54 Rb. Br., 53 $\frac{1}{2}$  Rb. Gd.  
 Gerste, groÙe und kleine, 44–52 Rb. per 1750 Pf.  
 Hafer loco 26–29 Rb. schleif. 28,  $\frac{1}{4}$  Rb. böhm. 27 $\frac{3}{4}$  Rb. ab Bahn  
 bez., pr. Februar und Februar-März 28 Rb. Br., Frühjahr 28, 27 $\frac{3}{4}$   
 Rb. bez., Mai-Juni 28 $\frac{1}{2}$ , Rb. bez.  
 Erbsen, Kochwraße 56–68 Rb. Futterwaare 48–56 Rb.  
 Erbsen loco 11 $\frac{1}{2}$ /s Rb. Br., pr. Februar u. Februar-März 11 $\frac{3}{4}$ , 17 $\frac{1}{2}$ /s  
 Rb. bez. April-Mai 11 $\frac{1}{2}$ , 19 $\frac{1}{2}$  Rb. bez. u. Gd., 1 $\frac{1}{2}$  Rb. Br., Mai-Juni

11<sup>11</sup>/<sub>12</sub> R bez.  
Leinol loco 13½ R  
Spiritus loco ohne Fäß 17 R bez., do. mit Fäß 16½ R bez., pr. Februar und Februar - März 17<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 17 R bez. u. Br., 16<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R Od., April - Mai 17<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R bez., Br. u. Od., Mai - Juni 17<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R bez. u. Br., 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R Od., Juni - Juli 17<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R bez. u. Br., 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R



## Bau- und Brennholz-Berkauf im Forstreviere Wussow.

Aus dem Einzelgange pro 1867 in der Wussower Forst sollen:  
1. 173 Stück Kiefern Klein- und Mittelholz, wobei  
6 Stück Sägeböcke;  
2. 1 Nutzende;  
3. 29½ Klafter Kiefern Bachholz;  
4. 2½ do. Ellern do.  
4 13½ do. Kiefern Stammholz  
öffentliche meistbietend verkauf werden.

Zur Entgegnahme der Gebote steht nicht am 28. Februar, sondern am

Freitag, den 8. Februar d. J.

Vormittags 9 Uhr, im ehemaligen Stadtverordneten-Saal, Mönchenstraße Nr. 23, eine Treppe hoch, ein Termin an, zu welchem wir Käufer mit dem Bemerkung einladen, daß die Bauböcker bei einzelnen Stücken, die Brennholz aber in Losen von ca. 2 Klaftern verkauf werden.

Stettin, den 25. Januar 1867.

Die Dekonomie-Deputation.  
Hempel.

## Bermichung des Rathskellers in Stettin.

Die unter dem hiesigen Rathause und den angrenzenden Plätzen und Straßen befindlichen großartigen neu renovirten Kellerräume, sollen zum Betriebe eines anständigen Restaurationsgeschäfts oder als Weinfeller, vom 1. April dieses Jahres ab, resp. nach Wahl des Vermiethers, auf 3 oder 6 Jahre, öffentlich meistbietend vermietet werden.

Zur Entgegnahme der Gebote steht Freitag, den 22. Februar dieses Jahres, Morgens 11 Uhr, im Magistrats-Sitzungssaale des hiesigen Rathauses ein Termin an, zu welchem mit dem Bemerkung eingeladen wird, daß:

1. das Minimum der Jahresmiete 600 R. beträgt;
2. diese Miete halbjährlich pränumerando zu entrichten ist;
3. Mieter die halbe Jahresmiete als Caution zu bestellen hat und
4. daß jeder der 3 letzten Bieter im Termin selbst eine Bietungs-Caution von 100 R. baar oder in Cours haben Papieren deponieren muß.

Stettin, den 30. Januar 1867.

Die Dekonomie-Deputation.

## Bock-Auction.

Die Auction von circa 20 Original-Rambouillet- und 14½ Blut-Rambouillet-Zeitböcken, geboren im März 1865, aus der herzoglichen Schäferei zu Primentau, findet am 16. März d. J. Mittags 1 Uhr, auf dem Vorwerk Louisenhof bei Primentau statt. Näheres wird später zur Veröffentlichung gelangende Programme.

Die Schafeerde kann jeder Zeit, mit Ausnahme des Sonntags, besichtigen werden, und hat man sich in dieser Veranlassung an den Unterzeichneten oder an den Inspektoren Vinnen auf dem Vorwerk Louisenhof zu wenden. Primentau liegt 1½ Meile von dem Bahnhofe Waltersdorf der Niederschleifens-Zweigbahn.

Primentau, den 14. Januar 1867.

Die Herzoglich Schleswig-Holstein-Augustenburgische General-Direktion.

Gützoe.

## Bürger-Verein.

Donnerstag, den 7. Februar 1867, Abends 8 Uhr:

## Veranstaltung im kleinen Saale des Schützenhauses.

Tagesordnung.

1. Vortrag des Herrn Ober-Sekretär Herrmann über die Entstehung und Ausbildung des deutschen Städtezens, insbesondere in Preußen.
2. Erledigung vorliegender Fragen.

## Stettiner Verein für Pferdezucht und Pferderennen.

Die geehrten Mitglieder werden beauftragt Abordnung eines Deputirten für die Wahl von 3 technischen Mitgliedern des oberen Schiedsgerichts zur Entscheidung von Streitigkeiten in Renn-Angelegenheiten und 3 Stellvertretern derselben, zu einer außerordentlichen

## General-Versammlung

auf Mittwoch, den 13. Februar er., Mittags 12½ Uhr, im Hotel de Prusse,

hierdurch ergeben eingeladen.

Stettin, den 5. Februar 1867.

## Direktorium des Vereins für Pferdezucht und Pferderennen.

Freitag, den 8. Februar,

in der Aula des Gymnasiums:

## Vortrag

des Herrn Professor Dr. Cassel: Englische Fürstinnen auf deutschen Thronen

Anfang 7 Uhr Abends. Billets an der Kasse à 5 R.

ohne der Wohlthätigkeit Schranken zu setzen.

Das amtliche

Randower Kreisblatt, welches in allen Ortschaften des Randower Kreises gehalten werden muss und in denselben während der ganzen Woche zu Jedermanns Einsicht offen liegt, empfiehlt sich d. n. Geschäftsstreitenden zu Anzeigen aller Art. — Der Inserationspreis beträgt 1 Sgr. für die Petitzeile. — Anzeigen werden angenommen Schulzenstraße Nr. 17 bei R. Grassmann.

## Deutscher Phönix,

### Versicherungs-Gesellschaft in Frankfurt am Main.

Grund-Capital:	3,142,857 Thlr. Pr. Cour.
Reserve-Fonds:	755,707
Prämien- und Zinsen-Einnahme für 1865:	815,052
Versicherungen in Kraft während d. J. 1865:	431,359,526

Der Deutsche Phönix versichert gegen Feuerschaden Gebäude (soweit die Landesgesetze dies gestatten), Mobilien, Waaren, Fabrik-Geräthschaften, Feld-Erzeugnisse in Scheunen und in Schobern, Vieh und landwirtschaftliche Gegenstände jeder Art zu möglichst billigen, festen Prämien, so daß unter keinen Umständen Nachzahlungen zu leisten sind.

Bei Gebäude-Versicherungen gewährt die Gesellschaft durch ihre Police-Bedingungen den Hypothekar-Gläubigern besondere Schutz.

Prospekte und Antrags-Formulare für Versicherungen werden jederzeit unentgeltlich verabreicht; auch sind Unterzeichnete gern bereit, jede weitere Auskunft zu ertheilen.

### Scheller & Degner, Bankgeschäft.

General-Agenten des Deutschen Phönix.

## Deutsche Leih-Bibliothek, Grösstes

### Musikalien-Lager und Leih-Institut.

Abonnements für Hiesige u. Auswärtige unter den günstigsten Bedingungen.

Namentlich erhalten Jahres-Abonnenten bei dem verhältnismässig geringsten Preis-Ansatz die grösseren Vorteile.

### E. Simon,

(früher: Bote & Bock)

Breitestrasse 29—30, Hôtel Drei Kronen.

## Neue wohlfeilste National Bibliothek der sämtlichen deutschen Classiker.

Diese Bibliothek wird die Meisterwerke aller Classiker unserer Nation, vollständig und nicht in Auszügen, enthalten, für einen so beispiellos niedrigen Preis, daß manche Werke

## kaum ein Zehntel der bisherigen Preise

kosten werden, z. B.

## Schillers sämtliche Gedichte nur

3 Sgr.

## Schillers poetische und dramatische

Werke nur 22½ Sgr.

## Göthe nur 4 Thlr., Lessing 1 Thlr.,

Wieland 3 Thlr.

Alle 8 bis 14 Tage erscheint ein Band für nur 2½ Sgr. Lesbarer Druck und schönes Papier. Erschienen sind bereits Band 1, 2 und 3, enthaltend: Bürger, Jean Paul, Scume

Der erste Band wird stets vorrätig gehalten bei

## Léon Saunier's

### Buchhandlung

(Paul Saunier),

Mönchenstraße Nr. 12, am Roßmarkt.

Neue Königstraße 12, 3 Treppen, sind aus einem Nachlaß für Theologen wertvolle Bücher zu verkaufen, unter anderem:

Noyum testamentum graece ed. Hahn. Leipzig 1840.

Halbfranz. 15 R.

Biblia hebraica ed. Hahn. Leipzig 1839. Leinenwand.

1 R.

Bengel Gnomon N. T. ed. Stendel. Tübingen 1855.

Halbfranz. 1 R.

Moll, System der prakt. Theologie. Halle 1853. Geb.

15 R.

Keil, Kommentar über das Buch Jesu. Erlangen 1847.

Halbfranz. 20 R.

Libri symbolici eccl. evang. ed. Hase. Edit. tertia.

Leipzig 1846. Geb. 1 R.

Der Evangelische Geistliche. Geize, Verordnungen etc. in Preußen bis 1855. Von Ehrhardt. Neuenburg.

Halbfranz. 20 R.

R. Baxter, Der Evangelische Geistliche. Überseit von Pflieger. Neuttingen 1837. Geb. 10 R.

Guericke, Handbuch der Kirchengeschichte. 8. Aufl. Berlin

1855. 3 Bände halbfranz. 2 R.

De Wette, Kommentar zum Romerbrief. 3. Ausgabe.

Leipzig 1841. Geb. 7½ R.

Allianz-Verhandlungen in Berlin ed. Reineck. Authent.

Ausgabe. Berlin 1857. Leinenwand.

10 R.

De Wette, Kommentar zu den Psalm n. Geb. 10 R.

Palmer, Evangelischer Katechismus. Stuttgart 1844. Geb.

1 R. 15 R.

Tholuk, Das A. Test. im. N. Test. (2. Beilage zum Hebräerbrief). Halle 1839. B. o. 5 R.

Bretschneider, Die religiöse Glaubenslehre für denken Lehrer. 2. Auflage. Halle 1843. Geb. 15 R.

Luther, Scholia et Sermones in 1. Ep. Joh. Ep. ad Tim. et Tit. ed. Bruns. Label 1797. Brodt. 5 R.

Hase, Leben Jesu. Erste Ausgabe. Leipzig 1829. Geb.

10 R.

Kiesoth, D. i. spr. Gottesdienstordnung d. Luther. Kirche.

Rostock 1847. 1. Aufl. Halbfranz. 20 R.

Harless, Kommentar über den Epheserbrief. 2. Auflage.

Stuttgart 1858. Leinenwand. 1 R.

Das amtliche

Randower Kreisblatt,

welches in allen Ortschaften des Randower

Kreises gehalten werden muss und in den-

selben während der ganzen Woche zu Jeder-

manns Einsicht offen liegt, empfiehlt sich

d. n. Geschäftsstreitenden zu Anzeigen aller

Art. — Der Inserationspreis beträgt 1 Sgr.

für die Petitzeile. — Anzeigen werden an-

genommen Schulzenstraße Nr. 17 bei R. Grassmann.

## Sartenthiner Tors,

gross Format und schwer, à 1000 2 R. 25 R. Swante-

witzer à 2 R. 15 R. und 2 R. frei vor die Thür.

Bestellungen werden erbeten im Comtoit Klosterstraße 6

sowie auf dem Lagerplatz, Silberwiese.

F. Kindermann.

## Für Cigarrenraucher

empfiehlt ich mein reichhaltiges Lager, worunter

namentlich

Militairs à Mille 5 R. 25 Stück 4 R.

Arabe 6 25 5

Bafra 10 25 7½

Dubes fort 12 25 10

vor echt thürsischem Tabac. Ferner halte ich zum Selbst-

fabriciren obige Sorten Tabac, sowie Cigaretten-

Papier bestens empfohlen.

Kl. Domstraße 11.

A. Martini.

Delikate, besonders schwere

Gänsebrüste empfing seien und empfiehlt billig

E. Broesicke, Frauenstr. 23.

Wäsche wird sauber

und billig gestickt

</